



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/155 - 9.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Rede des Kanzlers <i>König</i>	S. 1
Wahlvorbereitungen in Schweden	S. 3
Hector gegen eine DSP <i>Sau</i>	S. 5
DGB und Regierungskoalition	S. 7

Ein schlechter Anwalt seiner Sache

P.R. Die Rede des Bundeskanzlers zum General- und zum EVG-Vertrag hat so deutlich wie keine vorangegangene Stellungnahme Dr. Adenauers zu diesen Fragen den Kern seiner politischen Vorstellung blossgelegt: Allein die maximale Rüstungsanstrengung des Westens ist ein vernünftiger Weg, die deutsche Wiedervereinigung zu erreichen und, als zweite These, die einzige politische Sicherheit für Deutschland liegt in der praktisch vorbehaltlosen Anpassung an die Ideen und Wünsche der amerikanischen Politik.

Die Form, in der dies vorgetragen wurde, war, gelinde gesagt, wenig wirksam. Grosse Teile der Rede bestanden in der umschreibenden Wiederholung der Vertragstexte, unterbrochen durch die Verlesung längerer Zitate, bestanden in ihrem ganzen Mittelstück in einer langatmigen, chronologischen Zusammenfassung der Ereignisse seit dem Jahre 1945, die mit Ziffern und Daten übersättigt waren, schliesslich in einigen echten politischen Stellen der Auslegung der Verträge, in denen aber wieder der Drang zum gefühlsbetonten Appell jeden ernsthaften Versuch zur sachlichen Analyse verdrängte und in ebenso zuversichtlichen wie unbegründeten Voraussagen über die segensreichen Folgen der Verträge für Deutschland.

Einmal mehr hat der Bundeskanzler den Eindruck erwecken wollen, als habe sich seit dem Jahre 1945 durch das Verdienst seiner Politik in Deutschland ein ungeheurer Wandel vollzogen. Freilich entschlüpfte ihm in diesem Zusammenhang das Wort von der

"Einsicht der Westmächte", und sie war es in der Tat, die diesen Wandel bewirkte, als sie sich aus der ersten hassgetragenen, kurzsichtigen Nachkriegspsychose zu vernünftigeren Erkenntnissen und zu entsprechenden Schlussfolgerungen daraus durchdrangen. Außerdem vollzog sich diese Wandlung im wesentlichen in den Jahren 1945 bis 1949, also zu einer Zeit, als es die heutige Regierung noch gar nicht gab. In jener Zeitspanne besserte sich vor allem die bis dahin chaotische wirtschaftliche Lage in Deutschland, wenn auch unter dem Vorzeichen schroffster sozialer Gegensätze. In der Politik aber hat, sieht man genauer hin, sich in den letzten drei Jahren in den Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den Westmächten kaum etwas wesentliches geändert. Diese Tatsache wird nicht durch die vorgesehene formale Aufhebung des Besatzungsregimes aus der Welt geschafft.

Ausdrücklich hat sich Dr. Adenauer mit einer Viererkonferenz einverstanden erklärt. Aber er will von vornherein ihren Rahmen so eng gespannt wissen, dass sie praktisch ohne Aussicht auf Erfolg schon beginnen müsste. Eine Verschleppungstaktik auf der Konferenz sei unter allen Umständen zu vermeiden, weil (und hier kam eine sehr interessante Begründung) "dadurch vielleicht in dem einen oder dem anderen Lande (- gemeint war offensichtlich Frankreich -) Verzögerungen in der Genehmigung der Verträge eintreten könnten". Deutlicher konnte Adenauer kaum sagen, dass für ihn das Entscheidende die Verträge sind und nicht die Wiedervereinigung als erstrebenswerte Folge einer Viererkonferenz.

Viele andere Fragen drängten sich auf: Woher der Kanzler z.B. wissen will, dass die Mehrheit des deutschen Volkes seine Außenpolitik billige? Alle Anzeichen sprechen für das Gegenteil. - Woher der Kanzler weiter wissen will, dass besonders die Bevölkerung in der Sowjetzone auf die Ratifizierung der Verträge drängt, nachdem im regierungsamtlichen Bulletin, vielleicht unvorsichtigerweise, gerade kürzlich das Gegenteil zu lesen war? Wie der Kanzler - und dies ist die Kardinalfrage des ganzen Problems - sich eine Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln durch Anwendung seiner politischen und militärischen Rezepte erhoffen kann, wenn er gleichzeitig versichert, niemand sei wohl so naiv, anzunehmen, die Russen würden eines Tages die Sowjetzone freiwillig räumen? Und eine Frage vor allem müsste wohl gestellt werden. Ob der Kanzler bereit ist, auf eine militärische Eingliederung Deutschlands in EVG und NATO um den Preis einer Wiedervereinigung zu verzichten? Darauf wird es in allererster Linie ankommen.

Der Bundeskanzler war am Mittwoch ein schlechter Anwalt seiner Sache. Aber es mag auch schwer sein, diese Sache so zu vertreten, dass für sie Zustimmung oder gar Begeisterung geweckt wird.

Wahlpräludien in Schweden

Die vierjährige Legislaturperiode des schwedischen Reichstages (Zweite Kammer) geht in diesem Jahr zu Ende. Im Gegensatz zur Ersten Kammer, die von den Provinzlandtagen auf acht Jahre gewählt wird, wird der Reichstag direkt gewählt. Dies wird im kommenden September sein. Diese Wahlen werfen schon jetzt ihre Schatten voraus.

Die bürgerlichen Oppositions-Parteien haben in den letzten zwei Jahren auf die Unzufriedenheit gehofft, die durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes in den breiten Massen des Volkes zu bemerken gewesen ist. Die Inflation hat ihren Fortgang genommen, die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel sind gestiegen, die Löhne haben mit der Preissteigerung nicht immer Schritt gehalten. Die bürgerliche Presse, an Auflage der sozialdemokratischen weit überlegen, hat keine Gelegenheit versäumt, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu schüren. Sie verschwieg dabei geflissentlich, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihren Grund nicht in der Politik der Regierung haben, sondern durch Veränderungen in den Weltmarktpreisen und internationalen Handelsbeziehungen zu erklären sind.

Die Erweiterung der Regierungsgrundlage durch die Hereinnahme von Vertretern der Bauernpartei hat im übrigen die Massnahmen zur Drosselung der Inflation und Stabilisierung der Währung schlagkräftiger gemacht und verhindert, wovon einige bürgerliche Politiker sehr intensiv träumten: die Bildung einer allbürgerlichen Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie. Heute ist es im Gegenteil so, dass die beiden bürgerlichen Oppositionsparteien, Volkspartei und Konservative, einander in den Haaren liegen, während die Bedeutung der Kommunisten bei den Abstimmungen über strittige Fragen noch weiter vermindert wurde. Sie erfreuen sich als die Spionenpartei des Landes zwar grosser Aufmerksamkeit, aber auch einer intensiven Nichtachtung.

Der Reichstag hat nun eine Wahlreform beschlossen, die provisorischen Charakter hat und von den bürgerlichen Oppositionsparteien als eine Vergewaltigung des Verhältniswahl-Prinzips zugunsten der stärksten Partei, eben der Sozialdemokratie, hingestellt wird. Dieses provisorische Wahlgesetz geht darauf aus, eine Aufsplitterung des politischen Lebens in Kleinparteien zu verhindern und verbietet

die Wahlkartelle, die von den bürgerlichen Parteien als Mandatskrücken benutzt worden sind. Vermutlich hat das Gesetz, das eine Erhöhung des für die Eroberung eines Mandats vorgesehenen Prozentsatzes in den Wahlkreisen vorsieht, die Ausschaltung der Kommunisten aus dem schwedischen Parlament zur Folge - ein Ergebnis, dem keine demokratische Partei nachtrauern müsste, ob sie nun zur Regierung oder zur Opposition gehört. Die Propaganda der bürgerlichen Presse gegen die "Vergewaltigung" der Demokratie durch das neue Wahlgesetz entbehrt jeder sachlichen Grundlage, denn die absolute Mehrheit der Sozialdemokratie in der Zweiten Kammer und dadurch in der ganzen Volksvertretung (in der Ersten Kammer ist eine solche Mehrheit vorhanden) wäre auch ohne diese Wahlreform gesichert gewesen. Noch bevor diese beschlossen worden war, machte eine Zeitung der Volkspartei, "Västerbottens-Kuriren", auf diesen Umstand aufmerksam. Die Sozialdemokratie, die bei den Wahlen vom Jahre 1948 von den 115 Mandaten, die sie in der Zweiten Kammer von insgesamt 230 innegehabt, inzwischen drei verloren hat, würde nach den Ergebnissen der Gemeindewahl vom Jahre 1950 selbst bei unverändertem Wahlgesetz 117 oder 118 Mandate und damit die absolute Mehrheit bekommen haben. Das Jahr 1950 aber war vom Standpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung ein für die Sozialdemokratie durchaus ungünstiges Jahr. So spitzt sich die politische Diskussion auch in diesem Lande der traditionell stetigen und ruhigen Entwicklung langsam zu.

Auch die Reden der führenden Politiker nehmen schon sehr deutlich Bezug auf die bevorstehenden Parlamentswahlen. Aber die Siegesicherheit, die insbesondere die liberale Volkspartei bisher gemittelt hat, ist von gedämpfteren Tönen abgelöst worden, und es ist mehr als wahrscheinlich, dass die Sozialdemokratie ihre soziale Reformarbeit nach den Septemberwahlen zielbewusst fortsetzen können wird.

Karl Kern-Malmö

+ + +

Saar-Hoffmanns Tiefschlag gegen deutsche OppositionVon unserem ständigen Saar-Mitarbeiter

Der Antrag auf Registrierung, der gemäss Saar-Parteiengesetz vom Vorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Partei am 9. Juni an die Saarregierung gestellt wurde, wurde von dieser mit Schreiben vom 7. Juli vorläufig abgelehnt. Herr Hector, der französische Innenminister der Hoffmann-Regierung, teilte mit, eine Entscheidung über den Antrag auf Registrierung der Partei könne nicht gefällt werden, weil die eingereichten Unterlagen nicht vollständig seien. Zu dieser Feststellung benötigte das Kabinett Hoffmann volle vier Wochen Zeit, also genau die Frist, die der Regierung laut Parteiengesetz für die endgültige Entscheidung zugebilligt ist.

Als Vorwand für die vorläufige Nichtzulassung der DSP nimmt die Saarregierung die Tatsache, dass das eindeutige Programm, das die Gründer ihrem Antrag beifügten, die Bezeichnung Aktionsprogramm führt und auf der Grundlage der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale basiert. Das sei für eine Partei an der Saar nicht ausreichend, da eine Stellungnahme zu den grundsätzlichen Fragen des staatlichen Gemeinschaftslebens im Rahmen der Verfassung des Saarlandes abzugeben sei. Dabei müsse eindeutig festgestellt werden, wie die DSP zur Konstituierung des Saarlandes als einem "autonomen, demokratisch und sozial geordneten Land, das wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen ist", steht. Ferner müsse zur politischen Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich und zur Währungs- und Zolleinheit mit Frankreich eine Erklärung abgegeben werden. Der Herr Innenminister verlangte ausserdem eine Aufklärung über das Beiwort "deutsch" im Namen der Partei.

All diese Punkte, die Anlass zur Beanstandung waren, sind in dem Aktionsprogramm der DSP so behandelt worden, wie es angesichts der undemokratischen Verhältnisse an der Saar möglich war. Es ist deshalb offensichtlich, dass die Hoffmann-Regierung die Gründer der Partei zwingen will, entweder das gegenwärtige System in eindeutigen Erklärungen zu akzeptieren und damit gegenüber der Saarbevölkerung ebenso in Misskredit zu kommen wie sie selbst, oder

durch eine präzise Ablehnung des Gebildes "Saarstaat" die Handhabe zu erhalten, die Zulassung der Partei endgültig abzulehnen.

Mit dem Brief des Monsieur Hector ist also praktisch bereits die Entscheidung gefallen, Die Deutsche Sozialdemokratische Partei wird nicht zugelassen werden, weil ihre Gründer nicht zu Verteidigern der separatistischen Politik der jetzigen Machthaber in Saarbrücken werden wollen. Es hat sich damit bewahrheitet, dass die "Freiheit an der Saar" lediglich eine Freiheit für Separatisten ist und dass derjenige, der die widerrechtliche Trennung des Saargebietes von Deutschland und das Protektoratsverhältnis zu Frankreich nicht als unumstößliche Grundlage seines Handels betrachtet, an der Saar von jeder politischen Aktivität ausgeschaltet bleibt. Dasselbe Schicksal wird dem Registrierungsantrag der Saar-CDU und der Wiederzulassungsklage der DPS zuteil werden. Damit bleibt die deutsche Opposition im Saargebiet ausgeschaltet und die Separatisten machen nach wie vor unter sich die Politik.

Das hinzunehmen, wäre nicht nur eine Todsünde gegenüber der Saarbevölkerung, sondern auch gegenüber den Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte. Jetzt ist der Zeitpunkt da, an dem gehandelt werden muss, um dieses Krebsgeschwür im Herzen Europas aufzustechen. Die Aufforderung, etwas zu tun, richtet sich insbesondere an den Bundeskanzler. Wenn er die Behandlung des deutschen Volksteiles im Saargebiet, wie sie sich in der Ablehnung der Oppositionsparteien dokumentiert, tatenlos hinnimmt, wird ihm der Vorwurf nicht erspart bleiben, dass er als deutscher Kanzler die deutsche Saarbevölkerung verraten hat. Es wäre eine gefährliche Politik der Illusion, zu glauben, man könne durch Nachgiebigkeit und Vorleistungen Frankreich und seine Saar-Satelliten dazu bewegen, sich von den unglaublichen Methoden ihrer gegenwärtigen Saarpolitik abzuwenden. Die Menschen an der Saar und das deutsche Volk in seiner Gesamtheit warten deshalb auf eine entscheidende Tat der Bundesregierung.

+

+

+

Täuschungstaktik wie in Korea

R.D. Der DGB hat die Verhandlungen mit den Koalitionsvertretern abgebrochen. Er fühlt sich getäuscht. Denn entgegen den Zusagen des Bundeskanzlers und der Koalitionsvertreter in der gemeinsamen Verhandlung mit dem DGB am 13.6. ist das Personal-Vertretungsgesetz (PVG) und das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) in den Ausschüssen weiterbehandelt. Die Bundesregierung hat in arglistiger Täuschung der DGB-Vertreter keine Kenntnis davon gegeben, dass sie das PVG schon am Vormittag des 13.6. (also vor der Verhandlung mit dem DGB) verabschiedet hatte. Sie leitete es am 4.7. dem Bundestag zu. So hatte der DGB zwar seine Aktion eingestellt, Koalition und Regierung aber haben derweil neue Tatsachen geschaffen. Das Ganze nannten sie Waffenstillstand. Das sind fast koreanische Methoden.

Wie die vergangenen Gewerkschafts-Kongresse zeigten, hatten die Arbeitnehmer in den Betrieben einen gesunderen Instinkt, wenn sie den Abbruch der Gewerkschaftsaktionen, vor konkreten Ergebnissen in der Sache, für unzweckmässig hielten. Sie hatten nach den vielen Enttäuschungen mit Regierungs- und Koalitionsversprechen in den Fragen: Preispolitik, Lastenausgleich, Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, Eigentumsregelung in den Grundindustrien usw. usw. kein Vertrauen zu der Regierung und den sie tragenden Parteien. Denn sie wissen um die rücksichtslose Ausnutzung der demokratisch-fragwürdigen Machtposition dieser Regierenden und darum, dass man Machtverhältnissen mit Machtkomponenten begegnen muss. Und sie haben den Willen dazu.

Die andere Seite hatte von vornherein nicht den Willen zur Verständigung in der Sache. Mit Demagogie hat sie zunächst die Gewerkschaftsaktionen als Massnahmen mit aussenpolitischer Zielsetzung zugunsten der Kommunisten zu diffamieren versucht. An der Spitze dieser Kampagne stand der Kanzler. Selbst ohne Gewissenskrupel, hat die Koalition den so geweckten Gewissenskonflikt der Vertreter des DGB genutzt, die ihre Aktionen vielleicht auch unter dem schlechten optischen Eindruck dieser Regierungspropaganda einstellten, und hintenherum hat in der Zwischenzeit die Koalition die erwähnten Fakten geschaffen. Wer die "vertraulichen" und "streng vertraulichen" Informationen dieser Kreise in der jüngsten Zeit mit Aufmerksamkeit las,

bemerkte, wie sie sich täglich neuen Mut zu weiterem Täuschungsmanövern und zur rücksichtslosen Ausnutzung ihrer Position machten. Sie spekulierten auf Ressentiments und Schwächen im DGB und sie spekulieren weiter: der DGB kann und wird keine weiteren Aktionen unternehmen.

Am 11. und 12. Juli werden Vorstand und Bundesausschusses des DGB tagen. Bei ihnen wird die Entscheidung darüber liegen, was weiter geschieht. Glaubt man wirklich, die Spitzengremien der sechs Millionen organisierten Arbeitnehmer könnten mit der lakonischen Erklärung vor ihre erwartungsvollen Mitglieder treten: wir wurden getäuscht und ihr habt euch damit abzufinden!? Glaubt man, es würde bei einer einfachen Protesterklärung - die man nach bewährter Manier unbeachtet lassen kann - sein Bewenden haben? Das wäre doch ein bisschen zu naiv.

Wenn schon, wie behauptet wird, der DGB Prestige verloren habe, weil er die gewerkschaftlichen Aktionen überhaupt begann, so trifft das sicherlich nicht bei den Arbeitnehmern zu, für deren Rechte sie durchgeführt wurden, die an diesen Aktionen innerlich beteiligt waren und die sie nur widerstrebend vor konkreten Ergebnissen abbrachen. Wenn man fragt, welche Möglichkeiten dem DGB gegeben sind, gegenüber einer Regierung und ihren beherrschenden Parteien anzutreten, die unzweifelhaft keine Mehrheit mehr im Volke haben und die sich einer offenen Feldschlacht in einer Neuwahl nicht stellen wollen, bevor sie nicht ihre unlegitimierte Macht rücksichtslos bis zum Letzten ausgenutzt haben, dann ist die Frage nach dem Prestige der Gewerkschaften abwegig. Die Gewerkschaften haben Verhandlungsbereitschaft bewiesen - im Gegensatz zu ihren arglistigen Täuschern -, das kann ihr öffentliches Prestige nur erhöhen. Welches Prestige die Gewerkschaften bei ihren Gegnern zu verlieren haben, kann ihnen gleichgültig sein, solange dieses Prestige allein auf Zugeständnissen zu Lasten der Arbeitnehmerrechte begründet ist. Der DGB hat nur einen Verlust zu befürchten: den Verlust des Prestiges bei seinen Mitgliedern. Das sollten auch die bedenken, die mit ihren Täuschungsmanövern die volle Verantwortung für das zu übernehmen haben, was sie dem DGB am 11. und 12. zu beschliessen zwingen.